

Europa und Internationales

Trump 2.0: Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken!

Susanne Cassel, Tobias Kohlstruck

Die USA haben Anfang November 2024 Donald Trump mit klarem Vorsprung erneut zum Präsidenten gewählt. Insbesondere die Themen Migration und Inflation haben die innenpolitische Diskussion bestimmt. Europa wird sich darauf einstellen müssen, dass die USA in den kommenden Jahren distanzierter sein werden. Handelspolitisch und geostrategisch dürfte die Rivalität der USA mit China im Vordergrund stehen. Aber auch Europa und insbesondere Deutschland müssen sich auf eine restriktivere Handelspolitik vorbereiten. Vor diesem Hintergrund muss Europa mehr denn je gemeinsam handeln und darf sich nicht auseinanderdividieren lassen. Es muss Wege finden, um mit der Trumpschen Logik des Dealmaking umzugehen und gleichzeitig eine Protektionismusspirale zu verhindern. In der Klimapolitik sollte die Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten, Kommunen und Stakeholdern intensiviert werden.

Donald Trump hat die US-Präsidentenwahl unerwartet deutlich gewonnen. So hat er nicht nur 312 der 538 Wahlleute stimmen erhalten, sondern auch das populäre Vote mit gut 1,5 Prozentpunkten Vorsprung gewonnen. Die Republikaner haben darüber hinaus die Mehrheit der Sitze im Senat erhalten und ihre Mehrheit im House of Representatives verteidigt. Die wahlentscheidenden swing states konnte Trump allesamt gewinnen. Mit knapp 64 Prozent war die Wahlbeteiligung vergleichsweise hoch. Während eine hohe Wahlbeteiligung in der Vergangenheit den Demokraten zugutekam, spielte sie dieses Mal Trump in die Hände. Genauso haben bei dieser Wahl die so genannten low propensity voters, also Wähler, die nur unregelmäßig an Wahlen teilnehmen, anders als bei früheren Wahlen mehrheitlich für die Republikaner gestimmt.

Eines der bestimmenden Themen im Wahlkampf war die wirtschaftliche Lage, insbesondere die hohen Lebenshaltungskosten. Zwar läuft die US-amerikanische Wirtschaft vergleichsweise gut und ist die Beschäftigungsquote hoch, jedoch machen vielen Menschen, insbesondere Geringverdienend-

den, die gestiegenen Preise zu schaffen. Dies wurde der Biden-Administration und damit auch Kamala Harris angelastet, ebenso wie die mangelnden Erfolge bei der Eindämmung der Migration, dem zweiten wesentlichen Wahlkampfthema. Donald Trump hat die Wählerinnen und Wähler mit einer Negativkampagne und dem Schüren von Ängsten für sich eingenommen, während es Kamala Harris nicht gelang, sich von der Politik Joe Bidens mit eigenen Akzenten abzusetzen.

Mit dem Gewinn der Präsidentschaft und den Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses kann Trump nun ohne große Einschränkungen „durchregieren“. Im Vergleich zu seiner ersten Legislatur ist er diesmal sehr gut auf das Präsidentenamt vorbereitet und hat bereits zahlreiche ihm loyale Personen für wichtige Posten nominiert. Auch im Supreme Court sowie anderen Gerichten sind viele Posten mit Republikanern besetzt. Die Kontrolle des Präsidenten durch unabhängige Medien könnte eingeschränkt sein, da die Medien sehr polarisiert sind und die rechte Presse klar hinter Trump steht.

Die Einschätzungen der Wirtschaft zu der von Donald Trump verfolgten Wirtschaftspolitik ließen sich bereits unmittelbar nach der Wahl an den Börsenkursen ablesen. So sind die Kurse der Aktien von Kredit- und Kryptowährungsunternehmen in der Erwartung auf Deregulierung im Bereich Verbraucherschutz und der Börsenaufsicht gestiegen. Technologieaktien haben von der Aussicht auf eine laxere Monopolkontrolle profitiert. Verloren haben Aktien von Unternehmen auf den Feldern erneuerbare Energien, Sojabohnen, Automobil und Seehandel aufgrund der zu erwartenden restriktiven Handelspolitik sowie einem Fokus auf fossile Energien und weg von der Förderung erneuerbarer Energien und Transformationstechnologien. Die Märkte erwarten zudem anhaltend hohe Wachstumsraten, allerdings auch eine wieder anziehende Inflation und damit steigende Zinsen.

Sowohl die Politikinhaltliche als auch der Politikstil des neuen Präsidenten werden Europa erneut fordern. Die europäischen Volkswirtschaften müssen sich auf eine restriktive Zollpolitik einstellen, und zwar sowohl auf direkt gegen Europa gerichtete Zölle als auch auf möglicherweise sehr hohe Zölle gegenüber China. Auch wenn die von Trump angedrohten Zölle in ihrer Höhe übertrieben sein und eher als Verhandlungsmasse für einen „deal“ gelten dürften, sollte Europa diese Drohung ernst nehmen. Es besteht die Gefahr, dass durch eine Tit for Tat-Strategie, bei der die EU mit Ausgleichszöllen auf die

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Trump kann aufgrund der Wahlergebnisse ohne große Einschränkungen regieren.
- Er ist gut auf die Präsidentschaft vorbereitet und hat ihm loyale Personen für wichtige Ämter nominiert.
- Deutschland und Europa müssen sich auf eine restriktive Handelspolitik und Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben einstellen.

Politikempfehlungen:

- Europa sollte vereint gegenüber den USA auftreten, seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern und seine Verteidigungsfähigkeit stärken.
- Es sollte Protektionismus nicht mit Protektionismus beantworten.
- Die Zusammenarbeit mit US-Bundesstaaten, Kommunen und Stakeholdern sollte gestärkt werden.

US-Zollpolitik reagiert, eine protektionistische Spirale in Gang gesetzt wird, die am Ende zu sinkendem Wohlstand für alle führt. In der Energie- und Klimapolitik ist damit zu rechnen, dass die USA erneut aus dem Pariser Klimaabkommen austreten und ein Präsident Trump stark auf fossile Energien im eigenen Land setzt. Wie schon in seiner ersten Präsidentschaft wird er die EU auffordern, die Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen.

Alles in allem wird Europa erneut mit dem transaktionalen Ansatz Trumps umgehen müssen. Die zu erwartende Verbindung von Handels- und Sicherheitspolitik versetzt Europa aufgrund der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA in eine schlechte Ausgangslage. Umso mehr müssen die EU-Mitgliedstaaten vereint auftreten. Die schwierige politische Situation u. a. in Deutschland und Frankreich ist vor diesem Hintergrund problematisch. Für Deutschland wird es zentral sein, in der nächsten Legislaturperiode Lösungen für die strukturellen Probleme zu finden und die Wettbewerbs- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Eine stärkere Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Bundesstaaten, Kommunen sowie Stakeholdern kann zudem helfen, klimapolitisch den Faden gegenüber den USA nicht ganz abreißen zu lassen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Nach den US-Präsidentenwahlen: worauf muss sich Europa einstellen?“ mit Dr. Stormy-Annika Mildner (Aspen Institute Germany).

Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Rykestr. 40

10405 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf:

www.econwatch.org